



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Beschleunigt wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Zeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Der Reichsarbeitsminister versucht sich zu rechtfertigen.

Die Notwendigkeit des Herrn Weissingen hat das Reichsarbeitsministerium in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Die Arbeiterpresse hat sich ziemlich eingehend mit den Verhandlungen beschäftigt, die zwischen Herrn Dr. Sigher und Herrn Weissingen gepflogen wurden. Das schon in den letzten Monaten außerordentlich gehäufte Mißtrauen gegen das Ministerium des Herrn Dr. Brauns hat sich auf Seiten der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch die Astennotiz noch wesentlich verstärkt. Mit vollem Recht mußten sie sich dagegen wenden, daß dem Vertreter der Unternehmerorganisation Verpfändungen gemacht wurden, die gelinde gesagt, auf keine Kuhhaut gingen. Man mußte deshalb gespannt sein, was der Reichsarbeitsminister selbst auf die öffentlichen Anlagen gegen sein Ministerium öffentlich zu erwidern hatte. Eine umfangreiche Antwort, man könnte auch sagen, Rechtfertigungsschrift, liegt nunmehr vor.

Die Antwort ist, wenn man die ungeheuerlichen Behauptungen Weissingens in Betracht zieht, mehr als mäßig. Sie erwähnt die Astennotiz mit keinem Wort, weil hierzu Dr. Sigher sich noch besonders äußern soll. Uns interessiert hier vor allem die Stellung des Ministers, weil er die Verantwortung für sein Ministerium in vollem Umfange zu tragen hat.

Zur Lohnpolitik führt der Minister aus, daß es Sache der Gewerkschaften und Unternehmer sei, sich zu einigen, das Ministerium greife nur ein, wo eine Verständigung nicht gelinge oder eine Partei zu schwach sei, um die notwendige Gestaltung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Hier ist zunächst zu betonen, daß die Gewerkschaften mit Recht für sich in Anspruch nehmen, im Wirtschaftskampf der schwächeren Partei zu sein, so namentlich nach jener furchtbaren Inflation, die die Gewerkschaften ohne ihre Schuld fast zu Boden drückte. Leider muß hier betont werden, daß man in der vergangenen Zeit wenig davon gemerkt hat, vom Reichsarbeitsministerium eine fühlbare Hilfe erhalten zu haben. Bleich sah sich bei den Arbeitern mit Recht der Gedanke fest, daß die staatliche Hilfe dem stärkeren Teil, den Unternehmern, zuteil wurde.

Der Minister erklärt ferner, daß das Ministerium sich niemals allgemein gegen Lohnhöhungen ausgesprochen habe. Wenn in dieser Erklärung das Wortchen „allgemein“ nicht vorhanden wäre, dann könnte das Ministerium in den Augen der Arbeiter materlos dastehen, vorausgesetzt, daß es sich auch wirklich so verhielte. Aber da der Minister die Einschränkung allgemein selbst macht, darf man wohl mit Recht der Meinung sein, das Ministerium hat sich vielleicht mehr als wir ahnen gegen Lohnhöhungen ausgesprochen. Doch weiter: Das Ministerium habe jede wirtschaftlich tragbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen begrüßt, „und sich im Rahmen des Möglichen“ für den Schutz der wirtschaftlich Schwächeren eingesetzt. Auch in den letzten beiden Monaten haben nach einer vom Minister beauftragten Ueberforsch Sachbesprache oder Einigungen im Reichsarbeitsministerium fast durchweg Lohnhöhungen, und zwar zwischen 3 und 10 Proz., erbracht.

Hier kann sofort die Frage aufgeworfen werden: was liegt im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen? Wer bestimmt die wirtschaftlich tragbare Verbesserung? Bei allen Lohnverhandlungen spielen die Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern um die Frage der wirtschaftlichen Tragbarkeit der Forderungen eine große Rolle. Seitens kommen die beiden Parteien hier überein, im Gegenteil glauben die Arbeitervertreter fast immer, daß die Wirtschaftslage der betreffenden Industriegruppe die Lohnforderungen der Gewerkschaften zu tragen vermag. Entsprechende Belege werden in der Regel von den Unternehmern nicht anerkannt. Will etwa das Ministerium hier von sich aus bestimmen, was wirtschaftlich tragbar ist oder nicht? Genau so steht es mit dem Schutz der Schwächeren im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen. Unternehmer und Gewerkschaften stimmen auch hier fast nie überein, wie weit gesteckt der Rahmen des wirtschaftlich Möglichen sein kann. Wie also steht das Ministerium diesen Rahmen? Nach der Vergangenheit zu urteilen, muß man leider sagen, daß der Rahmen des wirtschaftlich Möglichen, wie ihn das Reichsarbeitsministerium sieht, äußerst knapp bemessen ist.

Zu der Frage der Verbindlichkeitsverpflichtungen habe sich die Stellung des Ministeriums nicht geändert. So wünschenswert fortschreitende Selbstverantwortung und freie Verständigung der Parteien sei, so könne, zumal die Parteien selbst wirtschaftliche Tarifkämpfe nicht gefassen hätten, eine Gesetzesänderung in der Richtung einer Preisgabe der Verbindlichkeitsverpflichtungen nicht erfolgen. Wenn das Arbeitsministerium zu diesen Worten steht, dann könnte sich die Arbeiterpartei damit zufrieden geben. Vorausgesetzt natürlich, daß wirklich begründete Verbindlichkeitsverpflichtungen auch ausgeprochen werden. Wegen die Verbindlichkeitsverpflichtungen, soweit sie auf Antrag der Gewerkschaften vorgenommen

werden, rennen die Unternehmer besonders an. Es wäre zu hoffen, daß das Ministerium hier etwas mehr Festigkeit zeigen würde. Die Schlichterbesprechungen hält das Ministerium nach wie vor für notwendig, bindende Anweisungen in lohnpolitischen Fragen seien jedoch niemals gegeben worden.

Bezüglich des Fragenkomplexes der Arbeitszeitgesetzgebung äußert sich der Minister ausführlich. Das Ergebnis ist auch hier ein sehr mageres. In Bern sei zwischen den Arbeitsministern von Frankreich, Belgien und Deutschland die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht vereinbart worden. Man habe damals nur gemeinsam den Eindruck festgesetzt, daß es möglich sein würde, zu einer gemeinsamen Ratifizierung zu gelangen. Tatsächlich habe nur Frankreich ratifiziert, aber unter der Bedingung, daß auch Deutschland ratifiziere, wobei man in Frankreich gut wisse, daß Deutschland ohne England und Belgien nicht ratifizieren kann. Der Minister legt hiernach auseinander, daß er versucht habe, in Deutschland zu einer Regelung zu kommen. Ferner wird auf die Verordnung über die Arbeitszeit in Hochöfen und in Kokerellen verwiesen, wo die Arbeitszeit in einem der Arbeiterschaft günstigen Sinne geregelt sei. Das geplante Arbeitszeitgesetz soll zu einem vollständigen Arbeiterschutzgesetz ausgestaltet werden, das mit dem Wust der jetzt in Gewerbeordnung, Ausführungsverordnungen, Kinderbeschutzgesetz, Demobilisationsverordnungen und Arbeitszeitverordnung zersplitterten Bestimmungen reinen Tisch mache und eine einheitliche Regelung des gesamten Arbeiterschutzes einschleiftlich der Arbeitszeit bringe. Die Arbeiten seien mit äußerstem Nachdruck gefördert. So behauptet der Minister. Diese Erklärung sieht gewiß etwas anders aus, als das, was in der Astennotiz steht. Democh kann man dem Ministerium kein Vor der gestellten Arbeit aussprechen. Doch warten wir hier einmal ab, inwieweit sich die Voraussetzungen erfüllen, daß das Arbeitszeitgesetz mit äußerster Beschleunigung zu Ende geführt werden soll.

Der Minister verliert sich zum Schluß, „daß sich das Reichsarbeitsministerium in all seinen Teilen auch heute noch mit derselben inneren Ueberzeugung und mit der gleichen Unparteilichkeit für den sozialen Fortschritt einsetze, wie es das seit jeher getan habe“.

Soweit in groben Umrissen das Verteidigungsschreiben des Reichsarbeitsministers. Wenn man auch annehmen kann, daß der Unternehmerrhythmus Dr. Weissingen seine Astennotiz nach seiner Richtung etwas gefärbt hat, so ist doch aber nicht anzunehmen, daß er sich alles aus den Fingern jag. Und wenn man die hahnehäblichen Behauptungen und Versprechungen Dr. Sighers, wie sie in der Astennotiz gegeben wurden, vergleicht mit dem, was der Arbeitsminister zur Verteidigung vorbringt, dann kann man keineswegs von einer Verteidigung sprechen. Doch der Reichsarbeitsminister hat gesprochen, er hat den unangenehmen Eindruck der Astennotiz zu verweischen versucht. Nehmen wir diese Erklärung mit der gebührenden Reserve zur Kenntnis und warten wir ab, was nunmehr folgt. Erst dann wird man ermessen können, was von diesem Arbeitsministerium zu erwarten ist.

Die Wirtschaftslage des Deutschen Reiches.

Die Neuorganisation der Industrie.

Im vergangenen Monat stand die deutsche Wirtschaft im Zeichen der Neuorganisation. Der in den früheren Monaten begonnene Konzernabbau geht zwar noch weiter. Die Liquidierung des Stinneskongerns geht, nachdem die hauptsächlichsten Werte bereits abgestoßen wurden, nur langsam vorwärts. Im August hat man mit dem Abbau des Schielkongerns begonnen, leider erst zu spät, nachdem die Kreditlinien des Betriebesvermögen zum guten Teil aufgetrocknet haben. Auch in der Textilindustrie kamen beachtenswerte Abbaumaßnahmen vor. Firmen, die sich während der Inflationszeit vom Handel aus industrielle Betriebe angegliedert hatten, sind nun genötigt, diese wieder abzubauen und sich wieder auf den Handel zurückzuziehen. (Gebüder Simon - Vereinigte Textilwerke usw.). Gleichzeitlich beginnt aber ein neuer Prozeß der Verstrukturierung im größten Stil. Vorbereitungen werden getroffen, um Interessengemeinschaften, die bereits jetzt eng miteinander verbunden sind, vollständig zu verschmelzen. Die größte darunter soll die Fusion innerhalb der Interessengemeinschaft der chemischen Industrie unter der Leitung der Badischen Anilin- und Sulfonwerke sein. In der Automobilindustrie, in der Maschinenindustrie stehen gleichfalls Umgestaltungen von Interessengemeinschaften in vereinigte Großunternehmen bevor. In der Erdölindustrie erfolgte vor kurzem die Konzentration der beiden führenden Gesellschaften, der Deutschen Erdöl A.G. (D.A.) und der Deutschen Petroleum A.G. In der Elektrizitätsindustrie wird der Konzentrationprozess unter Beteiligung Preußens gefördert. Bekanntlich wurden die im Stinneskongern befindlichen Aktien

der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke vom Staat Preußen aufgekauft. Jetzt soll die Aktienmehrheit der Braunschweigischen Kohlenbergwerke, die sich im Besitz der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks A.G. (Rhein-Eibe-Union) befindet, an die Elektrowerke A.G., die ganz im Reichsbesitz sind, und an das oben erwähnte Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk verkauft werden. Die Elektrizitätswerke des Siemenskongerns in Hamburg wurden ebenfalls in den Besitz des preußischen Staates übergeführt. Neue Konzernbildungen entstanden in der letzten Zeit in der keramischen und Kachelsteinindustrie. In der obersteleischen Montanindustrie kam es zu einem bedeutenden Zusammenschluß der führenden beiden Konzerne: Obersteleische Eisenindustrie A.G. und Obersteleische Eisenwerke A.G., und weitere Verschmelzungen stehen bevor. Alle diese Zusammenschlüsse werden jedoch in ihrer Bedeutung übertroffen durch den Plan zur Schaffung eines Riesenmontantrusts in der Rheinisch-Westfälischen Industrie. Es handelt sich um den Zusammenschluß einer Anzahl von Großkonzernen, der Thyssen, Höpzig, Krupp, Rheinisch-Westfälische Union, Gelsenkirchener und Bochumer Verein. Ueber den Quotenaustrausch hinaus soll zwischen diesen Großkonzernen eine Interessengemeinschaft mit Ausgleichung der Gewinne, ja vielleicht der völlige Zusammenschluß erzielt werden. Die Verhandlungen darüber sind noch im Gang, doch muß man mit dem Zustandekommen dieses Riesentrusts, der über mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion innerhalb des Ruhrstahlartells und über ein Drittel aller Beteiligungen im Ruhrstahlindustrieverbände verfügen wird, rechnen. Es handelt sich also um eine Konzentration aller größten Umfanges.

Diese Zusammenschlüsse sollen die Rationalisierung der Produktion durch Verminderung der Produktionskosten herbeiführen. Trotz der großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gefahren, welche diese Großtrusts bedeuten können, ist an sich die Möglichkeit billigerer Erzeugung durch die Zusammenschlüsse gegeben. So wurden auch die Berichte über die Verschmelzungen an der Börse aufgefaßt, wo erhebliche Kurssteigerungen der Aktien der betreffenden Unternehmungen erfolgten. Ebenfalls stellen die Trusts gegenüber den Kartellen eine höhere Wirtschaftsbewegung dar. Indessen kann man nicht behaupten, daß die Kartellbewegung zugunsten der Trustbewegung zurückgedrängt worden sei; im Gegenteil bilden sich von Tag zu Tag auch neue Kartelle und der Reichsverband der deutschen Industrie bezeichneter erst kürzlich die weitere Kartellbildung als notwendig und wird sie weiter fördern. Die Kartellbildung für Eisen- und Stahlprodukte ist beinahe vollständig. Die Rohstahlgemeinschaft, welche für September eine Produktionseinschränkung von 35 Prozent angeordnet hat, erstreckte diesmal die Produktionseinschränkung zum ersten Male auch auf Halbzeug und Feinbleche. Der Staat selbst, dessen Regierung ein scharfes Vorgehen gegen die Kartelle zum Zweck der Preislenkung ankündigt, fördert die Entziehung neuer Kartelle. So soll auf Anregung des Reiches, das der Besitzer der größten Aluminiumwerke ist, bald ein neues Aluminiumkartell zustande kommen.

Von dem Preisabbau ist bisher noch kaum etwas zu verspüren. Was die zugelegte Aktion gegen die Kartellmißbrüche anbelangt, so ist die Regierung bisher nur gegen die sogenannte Walfaktakasse, welche viele Kartelle in die Zahlungsbestimmungen aufnehmen, vorgegangen. Indessen kommt die Walfaktakasse, so unerwünscht sie auch aus Währungsgründen ist, weil sie zur Erhaltung des Vertrauens in die Währung führen kann, für eine Preisabbauaktion gar nicht in Frage, indem sie keinen Teil an der Teuerung hat. Die wirklich vorhandenen Kartellmißbrüche wurden dagegen bisher noch gar nicht angegriffen. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer wird erst Anfang Oktober eintreten. Ihre Wirkung ist zurzeit noch unbestimmt. Als Folge der Preisabbauaktion sind bisher nur die Zinsätze der öffentlichen Kreditanstalten (Reichskreditgesellschaft, Seehandlung usw.) ermäßigt worden, auf 7 1/2 Prozent, für langfristige Kredite der Post auf 8 Prozent. Die öffentlichen Gelder spielen bei der gegenwärtigen Kapitalverorgung eine sehr große Rolle. Sie werden auf 1 1/2 bis 1 1/4 Milliarden Mark geschätzt, ein unter den gegenwärtigen Geldverhältnissen sehr ansehnlicher Betrag. Es ist aber höchst zweifelhaft, ob eine sonst aus vielen Gründen erwünschte Verbilligung der Kreditzinsen den Preisabbau herbeiführen kann. Die Meinung der Sachverständigen geht dahin, daß von einer Verbilligung der Zinsätze eher eine Erhöhung der Preise zu erwarten ist. Die Regierung hat die Einfuhrschneine zum 1. Oktober auf dem Verordnungswege eingeführt. Die Einfuhrschneine, welche bei der Ausfuhr des Getreides und Mehlens gegeben werden und zur Bezahlung des Zolles bei der Einfuhr von Getreide oder Zrt verwendet werden können, sollen den Landwirten den vollen Zollsatz

fishern und müssen deshalb zur Vertierung der Lebensmittel erheblich beitragen. Sie sollen erst zum 1. Januar eingeführt werden; die Regierung gab jedoch dem Drängen der Landwirte nach und hat sie bereits zum 1. Oktober bewilligt. Einsteilen sind die Getreidepreise noch nicht gestiegen, was auf die Konkurrenz des polnischen und russischen Getreides wie auch auf die geringe Konsumkraft der Bevölkerung und den Geldmangel der Getreidehändler, die sich keine großen Vorräte anschaffen können, zurückzuführen ist.

Die Landwirtschaft erhielt durch die Rentenbank einen amerikanischen Kredit von 25 Millionen Dollar. Die Bedingungen sind sehr drückend. Ein Teil der Anleihe wird bald zur Verfügung stehen und vorerst kurzfristig in die Wirtschaft fließen. Sie soll die Anspannung des Geldmarktes im Herbst, wo der Getreidehandel zur Wiedertreibung der Ernte großer Geldmittel bedarf, erheblich erleichtern. Sonst besteht auf dem Kapitalmarkt die Kapitalknappheit weiter. Das System der Kreditbeschränkungen seitens der Reichsbank wird, wie der Reichsbankpräsident vor kurzem erklärte, weiter bestehen bleiben, teils aus Rücksicht auf die Stabilität der Währung, teils aber deshalb, um einen Druck auf die Preise auszuüben. Für kurzfristige (Tag-) Gelder war eine Flüssigkeit vorhanden, auch wurden die Sätze des Privatdiskonts etwas ermäßigt.

Die allgemeine Preisentwicklung zeigte eine Aufwärtsbewegung sowohl für die Großhandelspreise wie für die Lebenshaltungskosten. Die Großhandelsindexziffer stieg vom 7. August bis 2. September um 1,2 Prozent von 127,9 auf 127,5. Die Lebenshaltungskosten stellten sich im Durchschnitt August auf 145, 1,2 Prozent höher als im Vormonat. Bei der Ernährung haben die saisonmäßigen Preisrückgänge für Kartoffeln und Gemüse die Preiserhöhung für Fleisch und Milch weitgemacht.

Was die Konjunkturaufwicklung anbelangt, so weist die Kohlenförderung seit Monaten zum ersten Male eine geringe Besserung auf. Die arbeitsmäßige Förderung im Ruhrgebiet war etwas höher als in den vergangenen Monaten. An einzelnen Sorten, wie Anthrazitkohle, ist sogar ein Mangel vorhanden, auch fehlen infolge der umfangreichen Zechenstilllegungen andere, früher marktängige Sorten. Die Lage der Eisen- und Stahlindustrie ist weiter ungunstig. Auch zeigte das Baugewerbe und die Holzindustrie eine Verschlechterung des Beschäftigungsgrades. Gut war der Geschäftsgang der chemischen Industrie, der Elektrizitäts- und Kabelindustrie, der Zellstoff- und der Glasindustrie, sowie in den meisten Zweigen der Textilindustrie, vor allem der Baumwollindustrie. Der Abgang von Kali erreichte neue Rekordhöhen. Im ganzen ist jedoch eine Verschlechterung der Konjunktur zu beobachten, was sich auch in der vermehrten Zahl der Arbeitslosen kundgibt. Die Landwirtschaft hat dagegen günstigeren Seiten infolge der guten Ernte. Allein in Preußen war die Getreideernte um 29 Prozent höher als im vergangenen Jahre. Auch wurde die Anbaufläche in diesem Jahr erheblich gesteigert, weshalb sich die Kaufkraft der Landwirte im Gegensatz zu anderen Schichten wesentlich erhöhen wird.

A. S.

Von Offet und Schnellpresse.

Hohe Gewinne in der Druckmaschinenindustrie.

Seit ihrer Vereinigung mit der Leipziger Schnellpressenfabrik A.-G. im Jahre 1921 ist die Dresdener Schnellpressenfabrik A.-G., Coswig i. Sa., eine der größten Maschinenfabriken des Buchdruckwesens Europas geworden. Ihre großen Geschäftserfolge verdankt sie hauptsächlich einem bedeutenden Anstieg ihrer Produktion, der besonders seit der Währungsstabilisierung die Schnellpresse im Buchdruckverfahren schnell verdrängenden Offsetmaschine, die wegen ihres lithographischen Charakters auch einen Spartenkrieg zwischen den Buchdruckern und Steindruckern hervorgerufen hat. Dieser wurde durch eine Vereinbarung zwischen den Buchdruckern und den Lithographen und Steindruckern dadurch beendet, daß durch die Einführung von Offsetmaschinen beschäftigungslos werdende Buchdrucker an den neuen Maschinen angelert werden.

Freie und Unfreie.

Wer find die Laufend, die des Weges schleichen?
Ihr Plauder ist zur Erde schwer geknickt.
Wer find die Sterbensmatten, Todesbleichen?
Wohin ist ihrer Strafe Lauf geknickt?
Unfreie sind es, die ihr Schicksal tragen,
Ihr wunden Schultern bleiern schwere Last.
Unfreie sind es, die zum Grab sich plagen,
Den ganzen Tag von Dunkelheit umfaßt.

Und dort die andern, die zur Höhe fliegen,
Die hochgehobene Stirn von Licht umgalt,
Wer find die andern, die emporen steigen,
Voll stolzer Kraft den Blick in Blut getaucht?
Die Freien sind es, die ihr Schicksal frägt;
Die Sonnenlinder, die den Kampf gewagt,
Die alle Fesseln mutig abgelegt,
Die Großen sind's, für die der Morgen tagt.

Hedwig Steiner.

Die dreißig Silberlinge.

Als Gustav Andersen um Mitternacht von der Streikversammlung nach Hause kam, war in seinem beschneiten Heim alles schon zur Ruhe gegangen. Er öffnete leise die Tür, machte vorsichtig Licht und begann sich langsam auszuziehen. Die Frau sollte nicht geweckt werden. Gott sei Dank, daß sie ihn noch nicht gehört hatte. Sie lag jung und bleich im Bette und hatte den kleinen im Arm. Ihr schwarzes Haar lag in mächtiger Fülle über der weißen Brust. Ihre schmale, weiße Hand hielt treuherzig den kleinen Körper umfaßt, der ihr zur Seite lag. Wie sie nun da lag, jung und schön, schien sie selbst im Schlaf um das einjährige zu sorgen, was sie hatten — den Knaben. Der Armen ging es in diesen Tagen nicht gut. Vier Monate hatte der Streik schon gedauert, und es kam immer noch nicht aus, als ob eine baldige Klärung kommen würde. Die Mitleidnehmer fanden ungeschwächt. Die Streikliste war seit langem ge-

Wir erwähnen diesen besonders das Jahr 1924 ausfüllenden Spartenkrieg, weil er zeitlich zusammenfällt mit dem eigentlichen Siegeszug der Offsetmaschine, für deren in die Hunderttausende gehender Aufschlagwert natürlich erst die Zeit der wiedererwachenden Resonne eine wirkliche Absatzkonjunktur bringen konnte. Sie brachte der 60 Prozent der deutschen Offsetmaschinenproduktion beherrschenden Dresdener Leipziger Firma sehr große Gewinne, von der die beschneidenden 10 Prozent Dividenden, die verteilt werden, kaum eine Abnung geben. Es wird außerdem den Aktionären die Kapitalertragssteuer bezahlt (267000 M.), auf Tankern, Wohlfahrtsfonds und neue Rechnung kommen 136 200 M., es wird ein Dektors- und Dispositionsfonds mit 170 000 M., eine Sonderabteilung mit 424 400 M. gebildet und schließlich wird die ohnehin schon 10prozentige ordentliche Reserve noch um rund 91 000 M. erhöht. Nimmt man zu diesen Summen die 240 500 M. Dividendenausschüttung hinzu, so ergibt sich schon ein Gewinn von 1 088 400 M. bei einem Kapital von 2 400 000 M. Damit ist der 1924 erzielte Gewinn aber noch nicht erschöpft. Der Aufsichtsrat hat seine Abschreibungen selbst sehr reichlich gemacht. Die offenen Abschreibungen betragen allein über eine halbe Million, darunter auf die Maschinenanlagen, die schon in der Vorkriegszeit nur zu 50 Prozent des Schätzwerts eingeseht waren, neuerliche Abschreibungen von fast 35 Prozent des Buchwerts. Wertzeuge, Mobilien und Betriebseinrichtungen, die mit den Zugängen 1924 rund 163 000 M. buchten, sind mit 100 Prozent, also voll abgeschrieben. In diese beiden Posten sind wieder auf 250 000 M. Gewinne eingegangen, so daß ohne jede Uebertreibung festgesetzt werden kann, daß auf ein Kapital von 24 Mill. ein Gewinn von 1 338 000 M. oder weit über 50 Prozent erwirtschaftet worden sind. Dieser Gewinn paßt auch besser zu dem 1924 erzielten Umsatz, der in einem Prospekt mit 9,24 Millionen angegeben ist. Dabei sind noch 222 680 M. Wertminderungen, die bei einem sich so glänzend rentierenden Unternehmen als bares Geld genommen werden dürfen, nicht einmal im Vermögen aufgeführt.

So ungetrübt nun die Freude der Aktionäre und der Verwaltung eines solchen Unternehmens über derartige Ergebnisse sein mag, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt erwecken sie erhebliche Bedenken. Patente und technische Vorkänge in allen Ecken: solche Gewinne können aber nur das Ergebnis der schrankenlosen Ausnutzung der schwachen Stellung der Käufer sein, die halbe Jahre und länger auf die Ausführung der Bestellungen warten müssen, weil man über- und überbeschäftigt ist und andererseits der Tatsache, daß die Kapitalrat in Deutschland nicht genügend Außenleiter entziehen läßt. Zweifellos werden die Liebergewinnne wesentlich auf Grund einer wirtschaftlichen Notlage erzielt.

Den Gewerkschaften fehlt dieses Beispiel aus einem Spartenkrieg der Maschinenindustrie, wie stark bei der Führung von Lohnkämpfen heute individuell vorgegangen werden muß und wie wenig die Gesamtlage eines Industriezweigs auch schon die Lage von Spezialindustrien zu kennzeichnen braucht. Die beiden vereinigten Werke beschäftigen heute über 2 200 Arbeiter und Angestellte gegenüber 400—500 in der Vorkriegszeit. Wenn die glänzende Konjunktur von 1924/25 auch nicht uneingeschränkt fortzuwähren braucht, so haben die Belegschaften doch allen Anlaß, sich die Bilanzen der Buchdruckmaschinenindustrie gründlich anzusehen.

Was sich die Unternehmer alles herausnehmen

zeigen zwei Fälle, die uns kürzlich berichtet wurden. Mit Drohungen und Belästigungen versucht man, unsere Kolleginnen einzuschüchtern und sie nach der Befehle der Unternehmer tanzen zu lassen. Manchmal gelingt das leider auch, weil sich die Betroffenen nicht unter den Schutz ihrer Organisation begaben. Die nachstehenden beiden Vorfälle zeigen, wie Unternehmer — wir nehmen gern an, daß sie nur Ausnahmen darstellen — das gesetzliche Recht der Arbeiter mißbrauchen.

In der Buchdruckereifirma E. Goering in Zwickau hat sich folgender Fall zugetragen: Die schon seit längerer Zeit dort beschäftigte Angelerin Sch. sah sich gezwungen, anderweitig Stellung zu suchen, weil die keine Firma sich weigerte, den Tariflohn zu zahlen. Die Kollegin kündigte

am Sonntag vorchriftsmäßig und beendete das Arbeitsverhältnis nach acht Tagen.

Der Firmeninhaber versuchte nun, der Kollegin die Möglichkeit, in einen anderen Betrieb Arbeit zu erhalten, dadurch zu nehmen, daß er sich mit dem Prinzipal der neuen Arbeitsstätte in Verbindung setzte. Er verlangte, daß die Kollegin noch eine Woche bei ihm arbeite und bei ihr mehr Lohn. Da das nichts nützte, schrieb er nachstehenden Brief:

Buchdrucker E. M. Goering, Zwickau,
Zwickau i. Sa., am 12. September 1925.
Käufere Schmeberger Str. 20.
Frau E. verehrl. Schild, Zwickau i. Sa.,
Marienthal, Louisestr. 1.

Zu meiner Verwunderung sind Sie heute morgen nicht zur Arbeit gekommen. Ich habe mich mit Buchdrucker Schubert in Verbindung gesetzt und wird Sie Herr Schubert nicht vor Montag in acht Tagen einfinden, da Sie noch eine Woche, bis nächsten Freitag, bei mir zu arbeiten haben, denn ich habe Ihre Kündigung nicht angenommen und Sie haben sich im Irrtum befinden, wenn Sie meinen, so ohne angemessene Kündigung meinerseits wegbleiben zu können, da Ihre Verbindung mit mir laut geirrigem Lohn reichlich erfüllt wurde. Ich verlange also, daß Sie nächsten Montag, den 14. September, bis zum Freitag nach Ihre Arbeit ordnungsgemäß bei mir verrichten, dann hängige ich Ihnen Ihre Papiere aus und Sie sind dann ordnungsgemäß entlassen und können Stellung annehmen, wo Sie wollen. Sollten Sie am Montag zur Arbeit nicht da sein, dann werde ich dem Bezirksvorstehenden Herrn Pfister Mitteilung machen und werde dann weitere Maßnahmen gegen Sie fallen lassen müssen. Zum Beispiel, daß Sie Musterdruckfächer von Reklame vom Förderer zur längerer Zeit mitgebracht hatten (Ihr Mann ist wohl bei Fr. u. B. beschäftigt). Wenn Sie glauben, mir Schwierigkeiten zu machen, so dürfen Sie im Irrtum sein; erfüllen Sie Ihre Kündigungsfrist, dann ist alles in Ordnung. Ich verlange morgen, Spinnia, mit Frühlingspost unter einjüngendem Umhlag Ihre Antwort, daß Sie Montag bis Freitag ordnungsgemäß Ihre Kündigungsfrist abarbeiten. Falls nicht, dann keine Ausübung der Papiere vor der abzuleisenden Kündigungsfrist. Auch angebliche Krankheit lasse ich nicht gelten.

Beilegend Briefumschlag für Rückantwort.
Ich will kein unnützes Wort verlieren; von keiner Seite aber lasse ich mit meiner Gutmütigkeit und Unständigkeit spielen. (Unterschrift)

Der zweite Fall trug sich in Danzig zu. Dort war es seit geraumer Zeit bekannt, daß der Kaufmann und Buchdruckerbesitzer B. o. n. e. i. n. s. e. i. n. Personal in der schiefsten Art und Weise behandelte. Es bestand aber gar keine Möglichkeit, diesen Herrn gerichtlich zu belangen, weil die Belästigungen aus Furcht vor der Entlassung schwiegen. Eines Tages kam er jedoch an die falsche Adresse, die Druckerin Angelerin Petra f., verteilte in der Frühstückspause, wie bisher üblich, unsere Werbungszeitung „Solidarität“. Bei einem Anpöhlungsangriff durch den Saal sah B. einen Hilfsarbeiter, der in dem Krikel „Freiwillige Liebesgaben der Arbeiter an die Unternehmer“ vom 18. April d. J. ganz vertieft war. An ihn heran, die Zeitung aus den Händen gerissen und tief Atem geholt, war Sache eines Augenblicks. Dann ging's los: „Woher hast Du den Mist? Wer hat Dir den Mist gegeben?“ usw. (Nebenbei bemerkt: Mist „Du“ wurden von diesem Herrn alle Angestellten angedeutet.) Der Hilfsarbeiter ob dieses Anpöhlens ganz in sich zusammengesunken, sagte, daß er die Zeitung eben von der Vertrauensperson erhalten hätte. Wutentbrannt rannte der Gewaltmann in den Mädchensaal und krüllte die Kollegin wie folgt an: „Du hast diesen Mist verteilt? Wer hat Dir das erlaubt, du alte Sau? Ich bau! Dir eins in die Frese, daß Du zur Läre hinausfliegst, Du verkommenes Frauenzimmer!“ usw. Das Mädchen, durch diesen Wutausbruch ganz erschrocken, sagte nur, daß sie die Zeitung in der Frühstückspause verteilt hätte. Würde sie mehr gesagt haben, so hätte es ganz bestimmt einen Bokampff gegeben, bei dem die Angelerin nicht Sieger geblieben wäre. Wobei erhielt die Angelerin ihre Papiere und war somit freilos entlassen.

Abgrund, an dessen Rande sie jeden Tag in den verflorenen vier Monaten gestanden hatten.

Eine kleine, seine Hand strich über seine Stirne hin. Er fant zusammen unter ihrem Gewicht und verstaute sich unter den Decken, damit sie nicht sehen sollte, daß er weinte. Sie hatte gerade genug zu kämpfen, seine Egidrid. Gustav schämte sich seiner Tränen. Aber so geht es im Leben, so hilflos können die Menschen werden, daß selbst dem Stärksten unter den Männern nichts als Tränen bleiben.

An Elgriks Bett standen zwei Männer, der Arzt und Gustav. Der Doktor stand sicher da, wie ein ehrwürdiger Patriarch in seinem edlen Pelz und schrieb ein Rezept, setzte seine goldenebräunten Augenlider auf und betrachtete die magere Gestalt im Bette, schüttelte den Kopf und betrachtete sie aufs neue. Gustav war in Hemdbärmeln, niedergebuegt und hilflos von sechs Monaten Rot und Glend, und sein Haar fiel über die schwelkesirne Stirn. Die Augen waren starr und rot von den Nachtwachen. Im Bette lag Egidrid wie in einem schweren Traume. Die Augenlider wölbten sich weiß und schwer über die feberglänzenden Augen. Ihr Mund hatte einen strengen, fast bitteren Zug, und sie schien sich nicht viel dafür zu interessieren, was die beiden Männer an ihrem Bette vorhatten. Es schien, als läge sie jenseits dieser Erde irgendwo — als lehrte sie sich an nichts...
Der Arzt nickte Gustav zu, er möge ihm folgen.

„Was fehlt ihr?“ fragte Gustav, als sie im Korridor standen. „Du bist sehr krank?“ In langer Erwartung sah er den Doktor an.

„Krank — nicht gerade krank, lieber Mann“, antwortete er. „Sie ist unterernährt, ausgehungert... sie muß zu essen haben, mein Lieber, fräftige, gesunde Nahrung, regelmäßige Mahlzeiten und gute Vitale — dann wird sie sich schon erholen, meine ich.“ Der Doktor knippte seinen Pelz zu, setzte die Pelzmütze auf und nickte zum Abschied. Gustav näherte sich, ohne sich darüber Rechenschaft geben zu können, dem

Erstreckungswelt fand sie den Weg zum Vorstand, der jetzt die weitere Erledigung dieser Sache übernahm. Das Danziger Tarifamt verwurtele einmündig den Arbeitgeber zur Zahlung des Lohnes für zehn Arbeitstage und für zehn Urlaubstage. Als Begründung wurde angegeben, daß die Verteilung der Gewerkschaftszeitung „Solidarität“ kein Grund zur fristlosen Entlassung sei. Nachdem so die materielle Anglegenheit geregelt war, wurde B. vor den Schlichtungsmann geladen; er stritt hier jedoch alles ab und ließ sich auf seine Entlassung ein, weshalb die Privatklage ans Amtsgericht eingereicht wurde. Die Verhandlung fand am 12. September statt und endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 100 Gulden Geldstrafe oder zu zehn Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten. Wenn das Urteil auch als sehr gelinde anzusehen ist, so muß die Tatsache doch festgehalten werden, daß endlich einmal dieser Unternehmern die gerechte Strafe für sein brutales Benehmen empfangen hat, die ihm schon längst hätte treffen müssen. In der Verhandlung wurde dem Angeklagten u. a. gesagt, daß man von einem Mann mit Bildung eine andere Behandlung seiner Angestellten voraussetzen muß. Der Verteidiger des Angeklagten hob dann noch zum Quodlibet des Publikums hervor, daß das Duzen der Angestellten von diesem nicht als Beleidigung, sondern als Zeichen von Kameradschaft ausgelegt würde. Selbst das Gesicht des würdigen Amtsrichters verzog sich bei dieser Feststellung zu einem Lächeln. Dieser Fall muß allen Arbeiterinnen beweisen, daß sie es nicht nötig haben, sich von ihrem Unternehmer mit beleidigenden Ausdrücken belügen zu lassen. Sollten solche Ausführungen hier oder dort wieder vorkommen, so muß dem Vorstand sofort Mitteilung gemacht werden, der dann mit aller Strenge hiergegen vorgehen wird.

Heber Wirtschaftsdemokratie

sind auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress und auf dem Heidelberger Parteitag der Sozialdemokratie programmatische Erörterungen und Erklärungen abgegeben worden, welche es rechtfertigen, daß der Begriff der wirtschaftlichen Demokratie, welcher nicht bloß ein neues Schlagwort sein soll, auch vom genossenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet wird.

Wang mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die Anteilnahme am Produktionsprozeß der Industrie durch Betriebsräte und die Erweiterung deren Rechte in den Betrieben zwar die Grundlagen einer Betriebsdemokratie bilden, aber noch nicht Wirtschaftsdemokratie sind. Wirtschaftsdemokratie liegt dem Allgemeinbegriff der Produktionsmittel voraus und von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, formuliert der gewerkschaftliche Hauptredner über die kommende Wirtschaftsdemokratie den Gedanken sehr glücklich, wenn er sagte, daß der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie gesteuert werden müsse durch das Eindringen in alle Wirtschaftskörper der Gemeinden und des Staates, sowie durch Stärkung des wirtschaftlichen Einflusses der Arbeiterklasse und dadurch, daß wir mittels der Genossenschaften immer mehr Betriebe dem kapitalistischen Einfluß entziehen.

Diese Auffassungen, die ein politisches und wirtschaftliches Programm zugleich enthalten, wurden von dem Gewerkschaftskongress in einer Entschließung bekräftigt, deren achter Punkt lautet:

„Planmäßige Unterstützung der Konsumgenossenschaften, insbesondere durch Förderung der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion.“

In diesem Punkt kulminiert denn auch der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie, denn er enthält die Tatsache, daß Wirtschaftsdemokratie Betriebs- und Besitzdemokratie zugleich ist. Und welches Beispiel für die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Wirtschaftsdemokratie könnte besser gewählt werden, als das der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion, welche die Produktionsmittel im Besitz der Allgemeinheit zeigt und die Betriebsdemokratie, d. h. Disposition und Kontrolle des Produktionsprozesses in Händen der genossenschaftlich organisierten Verbraucher.

Natürlich muß eine solche Produktion — nach Karl Marx — sich auf „nationaler Stufenleiter“ entwickeln, wenn sie die Sozialisierung der Gesellschaft werden und bedeuten

soll. Aber wenn Karl Marx schon im Jahre 1864 dem ersten Internationalen Arbeiterkongress in Genf angelegentlich der englischen Genossenschaftsbewegung die Idee beschließen lassen konnte:

„Wir anerkennen die Genossenschaftsbewegung als eine der Kräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassen gegenüber beruht. Ihr großes Verdienst ist, daß sie in der Praxis zu zeigen, daß das bestehende verarmende und besitzlose System der Unterordnung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das selbständige und republikanische System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten“,

so muß angelehnt das heutige Stadium der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung in allen Ländern der Welt — 20 000 Konsumgenossenschaften mit rund 25 Millionen Mitgliedern (Familien), Erzeugung und Verteilung von Milliardenwerten an Gebrauchsgütern — die Genossenschaftsbewegung als tragfähige und praktische Grundlage der von den Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien geforderten Wirtschaftsdemokratie anerkannt werden. Womit ein weiterer Schritt über Karl Marx hinaus getan ist. Und wenn der Meinerster des Heidelberger Parteitags bezüglich des neuen Programms u. a. die Hoffnung äußerte, daß einer der nächsten Parteitags sich ausführlich mit den Problemen des „konstruktiven Sozialismus“ werde beschäftigen können, so werden wohl im Mittelpunkt der Erörterungen über die praktische Konstruktion des Sozialismus, d. h. der Wirtschaftsdemokratie, die Konsumgenossenschaftliche Bewegung und ihre wirtschaftlichen Resultate stehen, die auf Güterverteilung und Gütererzeugung beruhen.

Die Erstämpfung der Wirtschaftsdemokratie im kapitalistischen Produktionsprozeß wird ein gewerkschaftlicher und politischer Kampf um die im Alleinbesitz der Unternehmer befindlichen Produktionsmittel sein — ein Kampf von gigantischen Ausmaßen, der am Ende eines verlorenen Krieges in Deutschland die Zerstörung der politischen Einheit des Reiches bedeutet hätte —, also ein Postulat, das vor allem politische Bestimmungsgemeinschaft voraussetzt. Die Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion ist Sache der organisierten Wirtschaftspraxis, welche vor allem wirtschaftliche Bestimmungsgemeinschaft voraussetzt.

Reide aber, sowohl die gewerkschaftlich-politische wie die wirtschaftspraktische Bestimmungsgemeinschaft werden sich automatisch ergänzen, um auf verschiedenem Wege das Ziel — die Wirtschaftsdemokratie — zu erreichen.

Es darf deshalb, insbesondere nach dem Beschluß des Breslauer Gewerkschaftskongresses und den über die Wirtschaftsdemokratie sowohl in Breslau wie in Heidelberg gehaltenen Vorträgen und Ausprüchen kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß für die Erreichung des Zieles die geistige Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion eine der wichtigsten Voraussetzungen bildet.

Darunter versteht sich die vorbeschaltete Förderung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung, die heute in Deutschland schon über 4 Millionen Familien als Mitglieder zählt. Aber diese Förderung darf nicht halt machen bei der Mittellage, sondern muß sich auswirken in den Tausenden von Verteilungsstellen der deutschen Konsumgenossenschaften durch willige Herausgabe der Kaufkraft beim Umsatz und durch die Stärkung der finanziellen Betriebsmittel der Genossenschaften. Denn dies sind die grundlegenden Mittel und Wege der genossenschaftlichen Betriebs- für die genossenschaftliche Wirtschaftsdemokratie. — ff.

Aus den Zahlstellen.

Manz. Am Dienstag, den 29. September, fand im „Goldenen Pfug“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Entwicklung der Frauen- und Mädchenarbeit in der kapitalistischen Wirtschaft, ihre Auswüchse und deren Bekämpfung. 2. Geschäftliches.

würde eine Verteuerung der Betriebskosten bedeuten, die sicher zum Bankrott der Gesellschaft führen müßte. Damit ist aber auch den Arbeitern keineswegs gedient...

„Räuchen Sie eine Zigarre, Anderen — bitte sehr! Sehen Sie, der Grund, weshalb ich gerade Sie zu mir befragen habe, um darüber zu sprechen, ist, weil ich weiß, Sie sind ein kluger Mann, mit dem man vernünftig reden kann. Sie haben viel gelesen, habe ich sagen dürfen, und Sie sind in Ihrer Gewerkschaft Ihres guten Kopfes wegen angesehen. Gerade einen solchen Menschen brauche ich, einen Mann, der die gebelende Notwendigkeit der Situation einsehen — einen Mann, der — hm — nicht so verblendet ist von dem Massenfanatismus der Brauseköpfe, daß er sowohl sein eigenes Wohl wie das seiner Kameraden vernimmt...“

Es entstand eine kleine Pause. Aufeinander Gedanken arbeiteten in Gustav's Hirn. Der Rauch der Zigarre machte seine Gedanken klar und scharf. Er nickte hier und da zustimmend mit dem Kopfe, als der Fabrikbesitzer sprach.

„Also,“ legte der Fabrikbesitzer fort, „wie Sie sehen, haben wir alle ein Interesse daran, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sehen Sie, das ist ein sehr kluges und entgegenkommendes. Wir haben ja große Bestellungen, und die Konjunktur ist im Steigen. Es ist möglich, daß wir bereits im Laufe der ersten drei bis vier Monate unsere lieben Arbeiterinnen höhere Löhne anbieten können. Ich versichere Sie, unsere Absichten sind die besten.“ Der Unternehmer dachte einen Augenblick nach... „Sie halten also auf der nächsten Gewerkschaftsversammlung eine Rede über die Situation. Sie erwähnen — hm — natürlich nicht, daß Sie mit mir gesprochen haben. Sie sprechen ganz einfach über die wirtschaftliche Lage auf dem Arbeitsmarkt und kommen zu der Schlussfolgerung, daß eine Fortsetzung des Streits Wahnsinn ist, da der Unternehmer keine Lohnerhöhungen gewähren kann, ohne selbst bankrott zu machen. Die Arbeiter werden Ihnen glauben, denn Sie vertrauen Ihrem Worte, man weiß, daß Sie ein Mann sind, der auf der Höhe steht und die schwierigen ökonomischen Verhältnisse auf dem Weltmarkt kennt. Dann wird die Arbeit wieder aufgenommen werden zur Zufriedenheit und zum Wohle für uns alle.“

Kollege Müller begrüßte die Erschienenen und gab der Referentin, Frau Toni Eisinger, das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung. Die Ausführungen der Rednerin hatten als Ausgangspunkt die Verhältnisse in der Blütezeit des Handwerks, der Hausproduktion. Die Hauskammer jener Zeit fanden im Hause der Eltern genügend Beschäftigung, sowohl als Schiffsanmen im Hausgewerbe, wie auch als Hersteller fast der ganzen Bedürfnisse in der Familie. Für ihre Ausbildung als spätere Hausfrau war genügend Gelegenheit gegeben. Diese patriarchalischen Zustände änderten sich sofort, als die Dampfmaschine ihren Einzug hielt und im Besolge die kapitalistische Wirtschaftsweise den Handwerksbetrieb lahmlegte. Die früheren Handwerker wurden durch die Verhältnisse gezwungen, als Lohnarbeiter in die Fabriken zu gehen, wo sie selten sozial verdienten, um ihre Familie anständig ernähren zu können. Um den Verdienst in der Familie zu erhöhen, waren die sogenannten Hauskammer, auch junge Frauen, gezwungen, zu der Lohnarbeit in den Fabriken zu greifen. Sie waren oft genug der trassierten Ausbeutung durch das Unternehmertum ausgelegt, da sie durch ihre gewöhnliche Einflektung jeder Organisation feindselig gegenüberstanden. Die männlichen Arbeiter suchten die Frauenarbeit offen zu bekämpfen, beschuldigten die Frauen der Lohndrückei, statt die Kollegen über die Notwendigkeit des Zusammenstehens nachdrücklich aufzuklären. Erst als der Kapitalismus immer größere Opfer unter dem weiblichen Proletariat verlangte, brach sich allenthalben die Erkenntnis Bahn, daß der Zusammenschluß aller Lohnarbeiter, ob männlich oder weiblich, eine nachhaltige Verbesserung der Lage schaffen könne. Ohne Zagen stellten sich opfermütige Männer und Frauen an die Spitze und begannen die wirtschaftliche Auffklärung unter die Industriearbeiterinnen zu tragen. In Berlin war es die Kollegin Paula Thebe, die 1891 in die Arena trat, um ihren Arbeitsschwermern im Druckereigewerbe ein besseres Los zu schaffen. Nicht immer ergreifen die Arbeiterinnen die rettende Hand. Zu dicht waren die Schieber des Unverstandes. Der Traum der jungen Arbeiterinnen, daß sie durch ihre Verteilung der Tretmühle entkommen könnten, brachte ihnen in den meisten Fällen eine Enttäuschung. Sie zogen sich zurück, wieder in die Fabrik zurückzukehren. Die Rednerin führte nun den Verlauf der Ereignisse der Organisationen in bezug auf die Arbeiterinnenfrage an konkreten Beispielen vor Augen. Sie schloß ihre Rede mit den Worten: Ihr Mädchen und Frauen; habt mehr Selbstbewußtsein und verteidigt eure Menschenrechte. Ohne Organisation gibt es kein Fortkommen mehr. Die Unternehmer selbst haben euch den Weg gezeigt. Alles in Reich und Giech, kämpft um Gleichberechtigung und Menschenwürde. Reicher Beifall lohnte die Rednerin für ihre ausgezeichneten Ausführungen.

Der nächste Redner, der Gehilfenvertreter und Vorsitzende des graphischen Kartells, bat, von einer Diskussion abzusehen, um den Eindruck des ausgezeichneten Referats nicht zu vernichten. Diesem Antrag schloß sich die Versammlung an. Am Geschäftlichen gab der Vorsitzende bekannt, daß der Inhaber der Buch- und Steindruckerei Elz in der Hafenstraße in seinen alten Fehler verfallen sei und den Tarif ignoriere. Er weigerte sich, den dort beschäftigten Kolleginnen die tariflich festgelegten Ferien zu gewähren. Als er sich durch die Intervention der Verwaltung endlich dazu verstand, erklärte er, die Kolleginnen entlassen zu müssen. Der Vorstand ersuchte die Kartellgenossenschaft, solange die Angelegenheit nicht erledigt ist, bei der Firma Elz keine Arbeit anzunehmen. Sodann kam Kollege Müller auf den Streit der Schriftgießereiarbeiter zu sprechen. Er bedauerte tief, daß einzelne Betriebe bei der Zeichnung von Streifenbeiträgen verlagert hätten. Beschämend sei auch das Verhalten einiger Kolleginnen, die sich bei ihrer Verteilung beim Verband abmelden mit der Behauptung, daß sie ihre Stellung aufgeben, aber noch Monate lang weiter arbeiten. Dieses Verhalten bedeutet gefinde gesagt einen Treubruch an der übrigen Kartellgenossenschaft. Es wurde noch bekanntgegeben, daß am 15. Oktober die erste graphische Mitteilung des graphischen Kartells erscheint. Hierauf schloß der harmonisch verlaufenen Versammlung.

Pforzheim. Die auf den 7. September einberufene außerordentliche Generalversammlung unserer Zahlstelle hat

Der Fabrikbesitzer war aufgestanden. Da stand er strahlend und lachend vor Gustav und zog dampfend an seiner Zigarre. „Und was Sie selbst betrifft, Herr Andersen — ich höre da, daß Ihre Frau erkrankt ist. Ich würde gern, wenn Sie nichts dagegen haben, Ihnen etwas beistehen. Wir sind ja alle — hm — Menschen, und Gottes Wille ist, denen zu helfen, die sich in Not befinden...“ Er zog seine Brusttasche hervor, nahm einige Banknoten aus ihr und reichte sie Gustav. „Sie können es ja als einen kleinen Vorstoß betrachten; wenn die Arbeit nach einigen Tagen wieder begonnen wird — können wir es schon auf irgendeine Weise ordnen...“

Bereits hatte Gustav die Hand nach dem Gelde ausgestreckt, plötzlich aber — als hätte er einen Stoß bekommen — zog er sie wieder zurück.

Die Joresander an seiner Stirne vergrößerte sich und schloß an, seine Brust hoch und setzte sich, und in seinen Augen leuchtete es von Trost und Stärke. „Geh!“ rief er, „zweihundert Kronen — Geld für Milch und kräftige Nahrung für Sigrid, die krank dahelmt liegt. Kohlen in den Keller, Wärme und Freude in mein verarmtes Heim, nicht wahr, Herr Fabrikbesitzer...“ Und um seinen Mund spielte ein wohlwollendes Lächeln, als er fragte: „Da bekommen wohl alle meine Kameraden auch zweihundert Kronen? Zweihundert Kronen für jeden Dreihundert Mann sind es, die Sie beabsichtigen es wie ich, ja — ha — ha!“ Und kaltes bitteres Lachen kam von seinen Lippen.

„Kommen Sie Judas Ischariot, Herr Fabrikbesitzer? Bringen Sie ihn dazu, Reden zu halten über die schwierigen Verhältnisse auf dem Weltmarkt, veranlassen Sie ihn dazu, den Arbeitern zu beweisen, daß die Fabrik mit Unterbilanz geht — er ist billiger als ich — er tut es für dreißig Silberlinge — dreißig klingende, blinde Münzen. Ja — ha — ha!“ Gustav stürzte aus dem Zimmer, rief die Korridorhüter auf und sprang auf die Straße. Er brauchte trübende Luft.

In dem weichen Lehnstuhl sah der Fabrikbesitzer allein und stierte in die leere Luft. In seiner runden, dicken Hand hielt er die Banknoten.

Arne Paasche Kafen. (Heidelberger Typographia.)

Doktor um einige Schritte. „Ist es... nur das?“ brachte er hervor und sah weg. „Ja — nur das!“ antwortete der Doktor, lächelte und ging.

Einige Tage nach dem Besuch des Doktors erhielt Gustav einen Brief. Der Fabrikbesitzer wünschte eine Besprechung mit ihm — eine private Besprechung in des Fabrikbesitzers Wohnung. Als er mit dem Brief in der Hand dahing, hatte er nur einen Gedanken. Der Unternehmer wollte ihn verführen, ihn gegen seine Kameraden auszuspielen — der Fabrikbesitzer wollte ihn kaufen.

Bei diesem Gedanken war ihm nicht wohl — er lagte vor sich hin. Vielleicht will der Unternehmer nur sein Gutes. Vielleicht war er ein guter Mensch, der wollte, daß seine Frau krank war und ihm deshalb helfen wollte, weil er ein wichtiger und fleißiger Arbeiter war. Vielleicht wollte er auch den Kameraden helfen; wenn er nur wollte, wie schlecht es ihnen ging, wie sie hungerten und froren — wie Krankheit und Elend ihre armen Bewohnungen heimsuchten, Gustav sah auf Sigrid und den Kleinen, der ihm Bette lag und leinewegen hungerte — weil er nichts zu essen schaffen und nicht für sie sorgen konnte, wie ein Mann für sein Weib und Kind sorgen müßte. Er war der Mann; daß sie hungerten, war seine Schuld. Eine Schwach für ihn — er mußte zum Unternehmer gehen. Sigrid hielt es nicht länger aus...

„Es ist also eine Vereinbarung unter uns“, sagte der Fabrikbesitzer, steckte sich eine neue Zigarre an und machte sich's in dem tiefen, weichen Sessel bequem. „Andere brauchen davon natürlich nichts zu wissen. Sie sehen ja selbst, daß die Lage verzweifelt und unhaltbar ist. Warum wollen dreihundert Mann umherlungern und hungern, wenn sie jeden Augenblick Arbeit bekommen können. Sie streiten für bessere Lebensbedingungen, sagen Sie. — Gut, ich kann den Kampf der Arbeiter sehr gut verstehen, habe auch Sympathie mit ihnen, hm — hm — andererseits können Sie mir glauben, Herr Andersen, wenn ich es Ihnen versichere, daß der Betrieb schon jetzt mit Unterbilanz arbeitet. Eine Lohnerhöhung

auch diesmal wieder unter dem immer noch in dem Gros der Mitglieder haftenden Pöblegen zu leiden, war doch kaum ein Drittel der Mitglieder zu dieser äußerst interessanten und instruktiven Versammlung erschienen. Neben Befriedigung wichtiger interner Angelegenheiten referierte unser hier jedwergert gern gesehene Gauleiter Berner-Stuttgart über: „Die Arbeiten des Hamburger Verbandes“. Es wäre gut, ja notwendig gewesen, wenn alle Kollegen und Kolleginnen diesen lehrreichen Bericht angehört hätten; deshalb muß für die Zukunft die Lösung aller Mitglieder sein: „Besteher Besuch der Versammlungen“. Dem Kollegen Berner wurde reicher Beifall für seine Ausführungen. — Auch eine Neuwahl mußte vorgenommen werden, und zwar stand die Neuwahl eines Zahlstellenleiters auf der Tagesordnung. An Stelle des seit 3 1/2 Jahren amtierenden Zahlstellenleiters Maas trat der Kollege Wagner, Hilfsarbeiter in der „Hörzheimer Freien Presse“.

Rundschau.

Eine einmalige Zuwendung an Arbeiter und Angestellte des besetzten Gebietes ist durch die Reichsregierung beschloffen worden. Die vom Reich zur Verfügung gestellten besonderen Mittel sind zur Linderung der Not im besetzten Gebiet bestimmt, die nach Aufgabe des passiven Widerstandes durch die außergewöhnlich schlechte Lage des Arbeitsmarktes unter den Arbeitern und Angestellten entstanden ist. Diese Mittel sollen arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen zugute kommen, die im Jahre 1924 durch Arbeitslosigkeit entweder als Arbeiter in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Mai einen Verdienstausfall von insgesamt 40 Arbeitstagen erlitten und dafür Erwerbslosenunterstützung bezogen haben oder wegen Arbeitslosigkeit vom 1. Juli bis zum 30. September 1925 Erwerbslosenunterstützung erhielten. Sie müssen ferner, wie es in der Verordnung heißt, mindestens einen Abkömmling, einen erwerbsunfähigen Elternteil oder zwei sonstige Familienangehörige unterhalten, mit denen sie in häuslicher Gemeinschaft leben. Streit- und Aussperrungstage werden nicht mitgerechnet.

Die Zuwendung kann nur erhalten, wer während der für 1924 bestimmten Fristen und wieder am 1. Oktober 1925 seinen gewöhnlichen Aufenthalt im besetzten Gebiet oder seit dem 15. August 1924 im geräumten Gebiet gehabt hat. Ausnahmen sind zugelassen für die Arbeiter, die vom 1. Juli bis 30. September 1925 nicht arbeitslos gewesen sind, wenn bei ihnen eine besondere Notlage dadurch entstanden ist, daß sie wegen Stilllegung der Arbeitsstelle außerhalb ihres Wohnortes arbeiten und von ihrer Familie getrennt leben mußten. Sie können die Zuwendung auf Antrag bis zur halben Höhe des Betrages erhalten, ebenfalls auf diejenigen Arbeiter, die während der vorgesehenen Fristen im Jahre 1924 arbeitslos waren und nachher Sozialrentner geworden sind.

Der Grundbetrag der Zuwendung ist 80 Reichsmark und erhöht sich für jeden Angehörigen, dem in der häuslichen Gemeinschaft Unterhalt gewährt wird, um 10 Reichsmark. Die Zuwendung kann auch in Form von Sachleistungen gewährt werden. Eine Anrechnung dieser einmaligen Zuwendung auf Unterlieferungen aus der öffentlichen Fürsorge und der Erwerbslosenfürsorge darf nicht erfolgen.

Der Vollzug dieser Maßnahmen obliegt nach näherer Anordnung der obersten Landesbehörde den Bezirksfürsorgestellen, in deren Bezirk der Arbeiter seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bezeichnete Stelle bestimmt, in welchem Umfang die Arbeitsnachweise oder andere Stellen bei der Bearbeitung heranzuziehen sind.

Hermann Schulz-Verleugung. Am 10. Oktober ist unser lieber Kollege Hermann Schulz seinem qualvollen Lungenerleiden, das er vornehmlich dem Weltkrieg zu verdanken hatte, nach langem zähen Leiden erlegen. Sein Leben war Kampf und Arbeit und unermüdbare Eifer für die Organisation gewesen. Seit mehreren Jahren Ganzwilde, suchte er Genesung oder wenigstens Erholung in seinem schönen Bergstädtchen Verleugung, wo er unter Mitwirkung seiner Familienangehörigen sich selbst ein kleines Eigenheim erbaute. Er hat wenig Freude davon gehabt. Noch im schönsten Mannesalter lebend, hat er nun für immer die Augen geschlossen. Für die Kollegenchaft der Zahlstelle Verleugung bedeutete Hermann Schulz alles, für den Gau I vieles. Er war er Gründer der Zahlstelle Verleugung und bis zu seinem gänzlichen Siechtum ihr Vorstehender. Aber auch nach seinem Rücktritt stand er der Kollegenchaft gern mit Rat zur Seite und interessierte sich für alle Vorkommnisse in der Organisation. Auf früheren Gantagen wählte er bei allen Tagesordnungspunkten ruhige und sachliche Stellung zu nehmen und oft wegwiesende Vorschläge zu machen. Das Vertrauen der Kollegenchaft sandte ihn daher auch 1920 zum Frankfurter Verbandstage. — Die Verleugung Kollegenchaft trägt, während diese Zeiten geschrieben werden, einen pflichtbewußten Kollegen zu Grabe, der mit Zähigkeit und Energie stets die Interessen seiner Mitglieder vertreten hat. Er soll uns Vorbild sein und ein bleibendes Andenken wachen wir ihm bewahren.

Die Fachkenntnisse des ungelerten Arbeiters. Im „Daily Herald“, dem Organ der englischen Arbeiter, lesen wir darüber folgendes: Gewisse gelernte Arbeiter rümpfen ihre aristokratischen Nasen über „ungelernte Arbeit“. Sie verachten sie als gemein und sehen auf die ungelerten Arbeiter herab als auf kloßige, geistig minderwertige Menschen, „start im Arm, schwach im Kopf“. Sie spotten öffentlich über den Straßenhändler, den Rohstehner, den Erbarbeiter, den Arbeiter.

Einige wenige legten während der jetzt vergessenen vier Kriegsjahre die Feder beiseite, verließen ihren Beruf, traten ins Heer ein und lernten kennen, was ungelerte Arbeit bedeutet. Nach einer Spanne Arbeit im Schützengraben oder beim Herabschleppen von Munition, von Säbinnen unter dem Gewicht des Rationsacks bekamen sie eine vorher ungeahnte Achtung vor dem ungelerten Arbeiter und fühlten heimliche Scham über ihren eigenen Mangel an Geschicklichkeit. Der alte Überglaube jedoch, daß ungelerte Arbeit keinen Bestand erfordert, besteht immer noch. Aber er ist falsch. Sehen Sie sich einmal den Straßenhändler an, wie er den Besen handhabt. Beobachten Sie ihn sorgfältig. Jetzt nehmen Sie seinen Besen und lehren Sie ein Stück Straße für ihn, es macht nichts, daß Ihre Vorderstöße schmutzig werden, sie werden schon wieder sauber. Da, sehen Sie her! Sie haben hier einen Straßhändler, da einen Papierknecht liegen lassen. Sie gehen zurück, um sie fortzuführen, und der Schmutz fällt

aus ihrem Besen auf das Stück Straße, das Sie glauben geteilt zu haben. Nicht wahr, es ist nicht ganz so einfach, aber es aussieht. Macht nichts, Sie haben eben den Kniff der Sache nicht heraus. Der höhere Berufsausdruck für Kniff ist Fachkenntnis. Weibchen Sie einen Augenblick hier stehen, wo die Straße repariert wird. Sehen Sie dort den schneidigen Stränder, wie er das alte Pflaster aufreißt? Nichts als Muskeln braucht er zu seiner Arbeit, sicher! Wenn dem so ist, so werden Sie gern einmal seine Brechstange nehmen und gerade eine Reihe Steine ausbrechen. Schön! Nun sehen Sie einmal, auf diese Weise werden Sie nichts fertig bekommen. Was? Sie haben sich die Haut von den Händen geschunden? Ja, ja, Sie verstehen es eben nicht, mit einer Brechstange umzugehen. Sie kennen den Trick nicht. Ein anderes Wort für Trick ist — Fachkenntnis.

Da ist eine Kohlengrube, der Ort, wo Hunderte von ungelerten Arbeitern täglich ihren Mangel an Geschick und Intellekt beweisen! Sie würden gern ein Stück Kohle heraus-hauen. Warum nicht, da ist nichts dabei. Kommen Sie nur, hier ist ein Arbeitsplatz für Sie. Der Arbeiter rührt an. Hinlegen? Ja, Sie müssen sich hinlegen auf den Rücken! Sie haben den Kopf angestoßen. Macht nichts, Sie sind jetzt ein Arbeiter. So ist's recht! Jetzt brauchen Sie Ihre Hute. Was? Sie kommen schon heraus? Sie haben was ins Auge bekommen? Schön! Aber wo ist die Kohle, die Sie gehauen haben? Sie haben keine losbekommen? Natürlich nicht! Es gehört eben etwas mehr dazu, um Kohle zu gewinnen, als was ins Auge springt. Nein, nein, ich will keinen Scherz auf Ihre Kosten machen. Es gibt einen Weg, die Hute zu brauchen und einen — sie nicht zu brauchen. Manche Leute gehen sogar so weit zu behaupten, daß so etwas wie „Fachkenntnis“ erforderlich ist.

Eine Glanznummer fürs Panoptikum stellt die Metallarbeiterzeitung aus. Sie schreibt: Es werden uns ständig Unternehmer- und Krauterblätter zugesandt, worin sich Ergüsse von Hinterwäldlern befinden, mit denen wir uns befassen sollen. Aus nachliegenden Gründen haben wir das in der Regel abgelehnt. Wenn wir heute eine Ausnahme machen, so nur, um unsern Lesern wenigstens an einem Beispiel zu zeigen, wie sehr bodenlos unsern Unfinn die Schicht von Zeitgenossen in ihrer Presse vermag, die sich anmaßt, wirtschaftsführend zu sein. In dem „Reichsanzeiger für die gesamte Wertzeugindustrie“ will irgendeiner die Gründe des Daniederlegens unserer Arbeiterlandes aufzählen. Er tut das unter der Uberschrift: Freie Bahn dem Tüchtigen. Als hauptsächlich Gründe führt er an:

In einer Fabrik find zwei Arbeiter, welche in bezug auf Quantität und Qualität ihrer Arbeit vollständig gleich sind, doch mit dem Unterschied: der eine ist unverheiratet, während der andere fünf Kinder hat. Wiewohl die Leistungen beider gleich sind, besteht zwischen ihrem Lohn eine bedeutende Spanne, und zwar noch etwas Vernunft besitzt, muß sich sagen, entweder wird der Unverheiratete von seinem Unternehmer betrogen oder er muß seine Kräfte für die Familie des Verheirateten opfern. Ersteres ist nicht der Fall, denn durch die oft planlosen Forderungen der Organisation (der Arbeiter) ist unsere deutsche Industrie niedergedrückt, und sollte nicht bald Vernunft eintreten, so wird sie vernichtet sein und es wird noch eine schlimmere Zeit für den Arbeiter kommen, und er wird mit Schreden die Früchte einer Revolutionswirtschaft ernten können: Hunger und Tod!...

Odgottott: Hunger und Tod! Das ist, wie jeder zugehen wird, eine verdammt böse Aussicht. Woher kommt sie denn eigentlich? Nach der Kunde des Reichsanzeigers daher, weil der Unverheiratete andere miternähren muß, die ihn gar nichts angehen. Um seinen Irrtum aufzukommen zu lassen, sei gleich gesagt, daß mit dem anderen, die der Unverheiratete miternähren muß, nicht etwa die Unternehmer und die zwischenhandelnden Parakiten mit ihrem Troß von Schreibern, Lakaien, Weibern, Paragrafensternern, Gebetsverfleißern und gleich nützlichen Zeitgenossen gemeint sind, sondern die — verheirateten Kollegen der unverheirateten Arbeiter. Um der hauptsächlichsten Ursache der üblen Aussicht auf Hunger und Tod abzuhelfen, rät der gute Mann:

Sinweggehen muß sich der Arbeiter über den Achtundtag, der ihn zur Maschine, zum Sklaven der Organisation (der Arbeiter) erniedrigt. In ihm muß wieder das Gefühl erwachen, daß er berufen ist, Großes zu leisten und danach trachten muß, selbst ein Wert erstehen zu lassen, in dem er selbst Herr und Meister ist... Nur so können wir gefunden, nur so wird das Los unserer Arbeiter gehoben...

Wir fühlen uns außerstand, dieser Weisheit etwas hinzuzufügen. Für einen solchen Biestschmid besteht nicht einmal die Möglichkeit, sich wegen einer Anstellung zur Arbeitgeber-Zeitung oder einem gelben Verein zu begeben, weil er unterwegs von den nach einer Glanznummer jagenden Panoptikumbesitzern bombenicher weggeschmissen werden wird.

Eine merkwürdige Bilanz. Lieber die Art, wie Geschäftsgewinne von den Aktiengesellschaften verschleiert werden, lesen wir im „Vorwärts“:

„Eine merkwürdige Bilanz. Für das Buchdruckergewerbe brachte das Jahr 1924 eine außerordentlich günstige Konjunktur. Es gab weder unbefähigte Betriebe noch in irgend bemerkenswerter Zahl Arbeitslose. So erzielte auch die mit großen Konzernern des Buchdruckergewerbes zusammenarbeitende A. Seydel u. Cie. A.-G. Berlin schöne Gewinne. Niemand wird ihr diese Gewinne zum Vorwurf machen; denn zum Gewinnmachen ist eine private Aktiengesellschaft da. Aber da die Gesetzgebung für Aktiengesellschaften vorschreibt, daß sie öffentlich bilanzieren und ihre Bilanzen wahr sein müssen, sollte man auch erwarten, daß die Gewinne richtig ausgewiesen werden. Darüber erweist die Bilanz der Seydel u. Cie. A.-G. aber gründliche Zweifel. Sie weist einen Reingewinn von 141 945 M. auf ein Kapital von 1 Million aus; davon gibt es 7 Proz. Dividenden für die Aktionäre, während der Rest an den Reservefonds und auf neue Rechnung geht. Es werden auch Abschreibungen in nicht zu großer Höhe ausgewiesen; 80 000 M. auf Werte von rund 400 000 M. Innerhalb 20 Proz. Soweit ist alles in Ordnung. Schwerste Zweifel in die Richtigkeit des ausgewiesenen Gewinnes aber erweist der Vergleich mit der Goldbilanz. In der Abschlußbilanz sind nämlich große Kosten einfach verschwunden; so der ganze Kosten Grundstücke mit 360 501 M. In den Schulden fehlt der Hypothekenzinssatz mit 127 950 M. Wenn Grundstücke verkauft oder Hypotheken in so relativ großer Höhe gelöscht werden, erwähnt man das gewöhnlich im Ge-

schäftsbericht. Ueber den Verkauf der Grundstücke ist aber auch sonst nichts bekannt geworden. So dürften sie noch da, aber einfach ausgebuht sein, um Gewinne unterzubringen. Die Hypothekenzinssätze sind sicher aus Gewinnen gelöst. So darf man schon 488 451 M. tatsächlich erzielten Reingewinn gegenüber der Ausgangsbilanz mehr annehmen als ausgewiesen ist. Wir wollen absehen davon, daß die Effekten und Beteiligungen um rund 156 000 M. höher bewertet sind als in der Goldbilanz. Auch darin stecken offenbar zu Aktienkäufen verwendete Gewinne. Ebenso davon, daß die Bestände um 1/4 niedriger erscheinen, obwohl das Geschäft sich stark ausbeutete. Hier sind stille Reserven verdeckt, was ohne größere als die ausgewiesenen Gewinne nicht möglich ist. Jedenfalls läßt der Vergleich mit der Goldbilanz vermuten, daß nicht 141 945 M., sondern mindestens 630 000 M. Gewinn gegenüber der Goldbilanz erzielt wurden, unter Einrechnung der neuen Beteiligungs-werte sogar 786 000 M. Und zwar bei einem Aktienkapital von nicht mehr als 1 Million. Zu diesem Schluß muß man kommen, wenn der Geschäftsbericht und die Bilanzen alles für die Deffenlichkeit Wissenswertes sagen würden. Wodurch wäre allerdings, daß die Grundstücke hoch verkauft worden sind und die Vernehmung der Beteiligungen den Preis dafür darstellten. Das hätte dann aber unbedingt im Geschäftsbericht mitgeteilt werden müssen. Ob sich die Gesellschaft zu dieser merkwürdigen Bilanz äußern wird?“

Ein Jahrbuch für die graphischen Hilfsarbeiter erscheint seit kurzer Zeit in der Slowakei. Herausgeber ist der Verein der graphischen Arbeiter in der Slowakei, dem auch die Hilfsarbeiter angehören. Die Zeitschrift erscheint monatlich in einem Umfang von vier Seiten in deutscher, slowakischer und magyarischer Sprache.

Das Arbeitsgerichtsgesetz liegt in einem neuen Entwurf vor, der in einem Sonderdruck erschienen ist. Der Sonderdruck kostet nur 20 Pf. das Stück. Bestellungen sofort aufgeben. Verlag: Gewerkschaftsamt Leipzig, Zeiger Str. 32.

Die deutsche Produktion erreicht die Vorkriegshöhe. Die Unternehmerverbände behaupten, wie aus ihrer jüngst veröffentlichten Denkschrift hervorgeht, die deutsche Produktion lie im Durchschnitt auf 70 Proz. der Vorkriegszeit gelungen. Aus dieser Tatsache leiten sie die Forderung niedrigerer Löhne ab, indem sie sagen, daß bei einer verminderten Produktion nur ein geringerer Anteil auf die Arbeitnehmer entfallen könne. Mit dieser Behauptung der Produktionsverminderung auf 70 Proz. steht sich Professor Julius Hirsch in einem sehr lehrreichen Aufsatz im „Magazin der Wirtschaft“: „Ist die deutsche Wirtschaft passiv?“ auseinander. Vor allem berichtigt er die falschen Angaben über die deutsche Lohnhöhe und führt den Beweis, daß im Zeitpunkt der Bevölkerung der erwähnten Denkschrift der deutsche Lohnempfänger, gemessen an seiner Kaufkraft, mindestens um ein Sechstel, vielleicht um ein Fünftel, unter der Vorkriegszeit stand. Wäre also die Volkseinkommen nur 70 Proz. der Vorkriegszeit, so wäre die Lohnsumme in Kaufkraft ausgedrückt, auch dann nicht höher als vor dem Kriege! Indessen stimmt die Behauptung des Produktionsrückganges ganz und gar nicht. Der Bericht der Reichsbankgesellschaft über Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1925 erklärt: „Die Produktion hat in ihrer Gesamtheit allem Anschein nach im ersten Halbjahr 1925 die Vorkriegshöhe erreicht.“ Professor Hirsch bemerkt, daß dieser Anschein in der Wirklichkeit gerechtfertigt ist und die deutsche Produktion heute die Vorkriegsproduktion — vor allem, wenn man vom Jahre 1913 als Hochkonjunkturjahr abliest — bereits erreicht hat. Aus „Hocharbeit und Volksentbehrung“ konnte der Wiederaufbau in Produktion, Verlehr und Lagerhaltung vollzogen werden. Das Verkehrsnetz, die Zahl der Automotiven und die Verlehrleistungen haben den Vorkriegsstand erreicht, ja teilweise überschritten. (Ohne Berücksichtigung der besseren Nutzung durch günstigere Wärmewirtschaft.) In dem Tiefstkonjunkturjahr 1924 erreichte die Kohle- und Stahlproduktion beinahe die Vorkriegshöhe, die der Wagnersereignisse stand sogar darüber. Was aber die Landwirtschaft anbelangt, so muß man auch hier der Meinung sein, daß ihr Ertrag ihre Vorkriegshöhe bereits wieder erreicht, auf wichtigen Gebieten sogar überschritten hat. Ohne diese Annahme könnte man das Rätsel gar nicht lösen, wie es möglich war, eine vermehrte Volkseinkommen — die Bevölkerung und insbesondere die Zahl der Erwerbstätigen hat sich sehr erheblich vermehrt — viel besser als während des Krieges und mit viel geringerer ausländischer Einfuhr als früher zu ernähren. Wiewohl es möglich, daß der deutsche Viehbestand sich in den letzten Jahren sehr erheblich geteigert hat, trotzdem die Futtermittelaufuhr gegenüber früheren Zeiten wesentlich gesunken ist? Die dieser Auffassung widersprechenden amtlichen Statistiken wurden, wie Professor Hirsch meint, bawernd „bitterlich unterernährt“. Die Landwirte, die sieben Jahre lang Getreide zu festgesetzten niedrigen Preisen abliefern mußten, wollen auch heute noch, nach Aufhebung der Zwangswirtschaft, ihre Getreidebestände nicht zu hoch anheben. So kommt Professor Hirsch zum Schluß: „Wir haben insgesamt in den uns verbliebenen Gebieten nicht 70 Proz. der Vorkriegsproduktion, sondern im ganzen fast ihre volle Höhe, an einigen Stellen weniger, an anderen fraglos auch mehr.“ Damit wird aber das Argument der Unternehmerverbände, daß der Reallohn entsprechend der verminderten Produktion geringer als vor dem Kriege sein müsse, hinfällig.

Abrechnungen.

Für das 3. Vierteljahr gingen aus Gau Schlesien 2000 Mark ein.
Berlin, 12. Oktober 1925. Heinrich Rodahl.

Für die Woche vom 19. bis 24. Oktober ist die Belagskarte in das mit 43 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder der Karte zu kleben.

Zur Vermählung unserer Kollegen Mattha Finger (in Firma C. Fleming u. C. L. Wistoff) und ihrem wertigen Bräutigam die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Zahlecke Clogau.

Unserer lieben Kollegen Emmy Timm und ihrem Bräutigam Herrn Paul Winter zur Vermählung die besten Glückwünsche.
Zahlecke Oberfeld-Barmen.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulte, Charlottenburg, Westfälische 16. Fernruf: 2101. Berlin: 1009. Berlin: 6. Eddahl, Charlottenburg. Druck: Verlagsanstalt „Vorwärts“ und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6.